

Frau  
amtsführende Stadträtin  
der Geschäftsgruppe  
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales  
und Digitales  
Vizebürgermeisterin  
Barbara Novak, MA

#### Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Vizebürgermeisterin Barbara Novak, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

#### **Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der WKO**

Das Wirtschaftskammergesetz sieht eine Pflichtmitgliedschaft aller gewerblichen Unternehmen Österreichs in den Körperschaften der Wirtschaftskammer-Organisation (WKO) vor. Diese Pflicht zur Mitgliedschaft und auch zur Beitragsleistung (Grundumlage, Kammerumlagen 1 und 2) bedingt ein hohes Maß an Transparenz und Effizienz. Dem trägt einerseits das Wirtschaftskammergesetz in §131 WKG Rechnung, wo als Gebaltungsgrundsätze „Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit“ festgelegt sind; andererseits das am 01. September 2025 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz und der novellierte § 70 WKG, der für die

Geheimhaltung von Informationen sehr enge Grenzen setzt.

Anfang November wurde publik, dass der damalige WKO-Präsident Harald Mahrer eine Erhöhung der Gehälter in der Kammer um 4,2% plante, bei den Funktionsentschädigungen der WKO-Präsidenten und -Vizepräsidenten in einigen Bundesländern teilweise um bis zu 60 Prozent. Die Erhöhung betrug letztendlich 2,1%.

Dies zeigt, dass die WKO nicht nur seit langem, sondern nun auch endgültig ihre Gebarungsgrundsätze als Lippenbekenntnis versteht. Diese Zwangskammer ist keine Hilfe für Unternehmen oder die Wirtschaft Österreichs, sondern deren Totengräber.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für ein Ende der Zwangsmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer Österreich aus und fordert die Bundesregierung, insbesondere die Bundesminister für „Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz“ und „Wirtschaft, Energie und Tourismus“, auf, im Rahmen ihrer politischen Verantwortung auf ein Ende der Zwangsmitgliedschaft hinzuwirken und sich dafür einzusetzen

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

